

Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 09.08.1989). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die neuzubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.

Hildesheim, den 04.09.1990

Stadtvermessungsamt

[Signature]

Für die Ausarbeitung des Planentwurfs.

Hildesheim, den 03.09.1990

Stadtplanungsausschuss

[Signature]

Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 24.09.1984 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 06.11.1990 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht. Die öffentliche Unterrichtung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom 07.11.1990 bis 04.12.1990. Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Hildesheim, den 01.10.1991

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

[Signature]

Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am 11.03.1991 zugestimmt und die öffentl. Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Hildesheim, den 01.10.1991

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

[Signature]

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom 07.05.1991 bis 06.06.1991 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen.

Die Auslegung ist am 27.04.1991 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.

Hildesheim, den 01.10.1991

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

[Signature]

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen und Bedenken gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB geändert.

Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am der Änderung zugestimmt.

Hildesheim, den

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

.....

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 26.08.1991 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigelegt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 15.03.1992

Oberbürgermeister

[Signature]

Oberstadtdirektor

[Signature]

Der Bebauungsplan ist gem. § 11 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) am 31.01.92 angezeigt worden. Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wurde gem. § 11 Abs. 3 BauGB nicht festgestellt.

Hildesheim, den 15.03.1992

Bauverwaltung Hannover

Im Auftrage

[Signature]

Der Rat der Stadt ist den in der Verfügung vom (Az.) aufgeführten Maßgaben/Ausnahmen in seiner Sitzung am beigetreten.

Hildesheim, den

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

.....

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens des Bebauungsplanes ist gem. § 12 BauGB (neueste Fassung) am 15.04.1992 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 15.04.1992 rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

Hildesheim, den 06.05.1992

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

[Signature]

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 16.04.1993

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

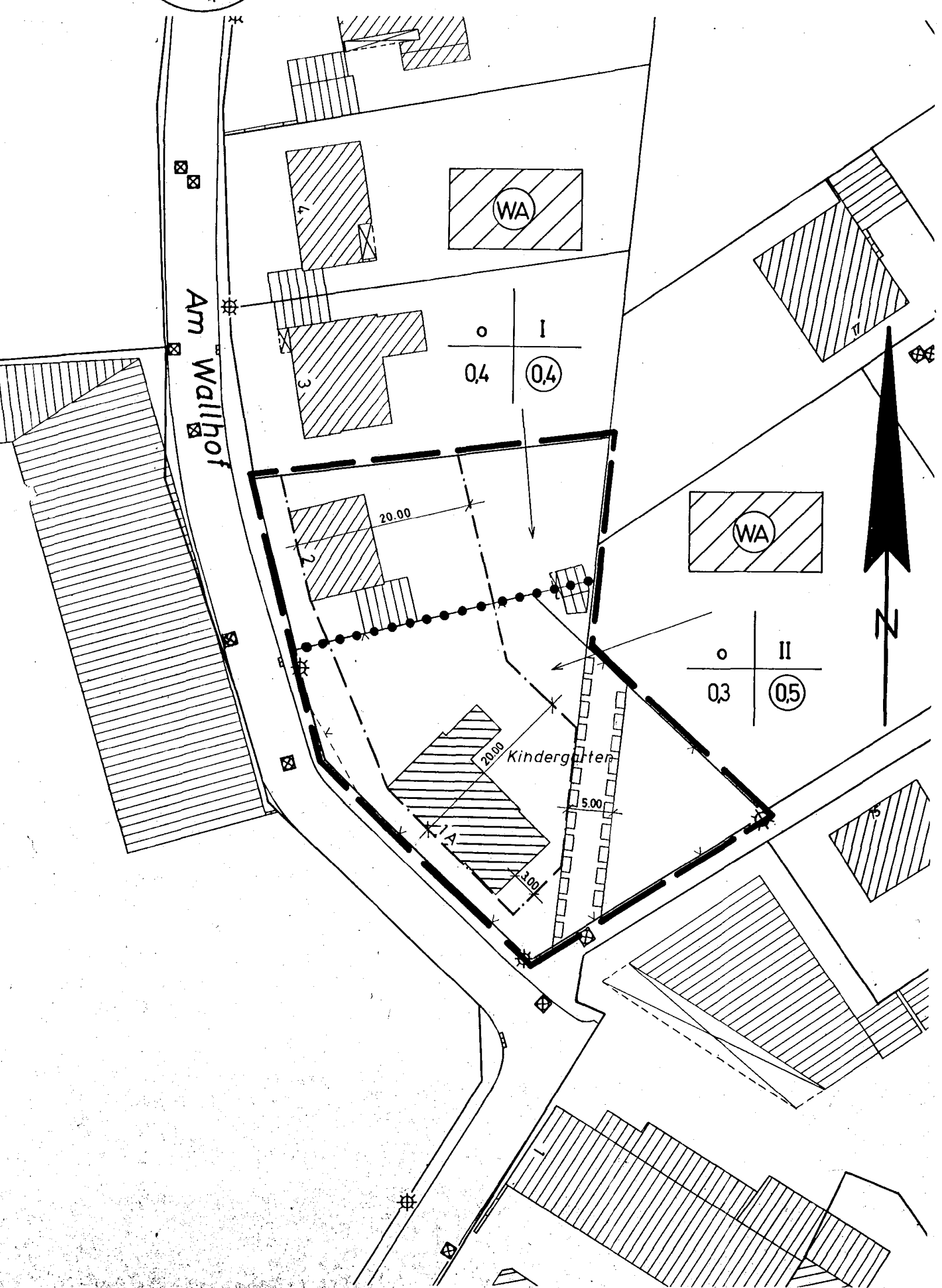
[Signature]

Innerhalb von 7 Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 15.04.1999

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage

[Signature]



Planzeichenerklärung

Art und Maß der baulichen Nutzung, Bauweise, Baugrenzen

	Allgemeines Wohngebiet		Geschossflächenzahl
	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze		Grundflächenzahl
	offene Bauweise		
	Baugrenze		

Sonstige Planzeichen

	Mit Leitungsrechten zu belastende Fläche zugunsten Stadt Hildesheim		Straßenbegrenzungslinie Die Straßenbegrenzungslinie entfällt, wenn sie mit einer Baulinie oder Baugrenze zusammenfällt
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung		
	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Änderung des Bebauungsplans		

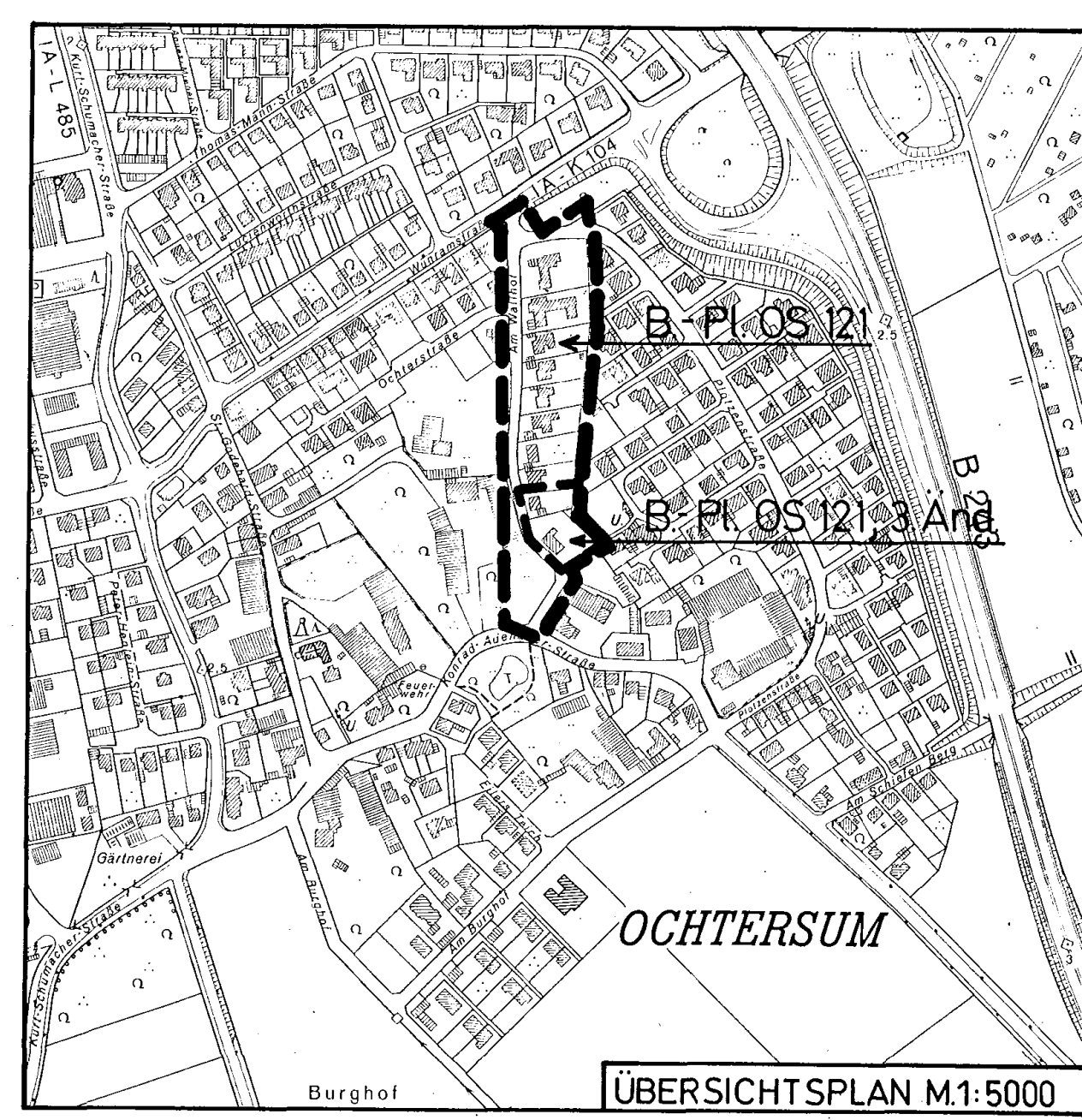
Textliche Festsetzungen

- Garagen sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen unzulässig. (§ 12 Abs. 6 BauNVO)
- Nebenanlagen sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen nur ab einem Mindestabstand von 5m zu den öffentlichen Verkehrsflächen zulässig. (§ 14 Abs. 1 BauNVO)

Rechtsgrundlagen

Für diesen Bebauungsplan gelten

- das Baugesetzbuch (BauGB) vom 8. Dezember 1986
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Januar 1990.



STADT HILDESHEIM

3. Änderung des Bebauungsplans OS 121 „Am Wallhof“

Maßstab 1:500

8/90